

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Nur für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 16. Februar 1928 bei 14-täg. zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Bsp. für auswärts 40 Bsp. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Bsp. außerhalb 20 Bsp., die 10 mm breite Reklamzeile 200 Bsp., außerhalb 250 Bsp. Obergangsgebühren 10 Bsp. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-42
Druck u. Verlag von **Wiesch & Reichardt** in Dresden
Volkshaus-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Schulkrise wird akut.

Korlantz beklagt den polnischen Wahlterror. — Der Beginn des Steglitzer Schülerprozesses.

Zentrumsmandat gegen die Deutschnationalen?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. Febr. Während bis gestern Abend die politischen Kreise der Rechten in Bezug auf eine akute Kabinettskrise mit ihren Meinungen noch sehr zurückhaltend waren, hat man heute den Eindruck, als ob auch auf der Rechten mit einem Bruch des Reichskabinetts Marx-Rembell nun ernsthaft gerechnet wird.

Die „Germania“ hat sehr scharf in Sachen des Schulgesetzes Stellung genommen, was an sich schon einen Bruch in bedrohliche Nähe rückt. Es wird davon abhängen, wie sich heute nachmittag die Zentrumskräfte im ganzen zu der Schulgesetzfrage stellen wird. Bei der Meinung der „Germania“ ist bemerkenswert, daß diese von „beiden Parteien“ spricht; der Gegensatz in der Schulgesetzfrage besteht aber doch nur zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, während das Zentrum und die Deutschnationalen bis ins kleinste bezüglich des Schulgesetzes einig sind. So entsteht, wie in parlamentarischen Kreisen verläutelt, der Eindruck, daß die neue Aktion des Zentrums eine Art von Parteiübergang ist, um die Deutschnationalen aus der Regierung auszuschließen, und um den linken Flügel des Zentrums, die Herren Jombak und Dr. Birch, zu beruhigen. **Beß meint allerdings zu sehen, daß eine Reichstagsauflösung nicht die unmittelbare Folge der gegenwärtigen Krise sein könnte;**

denn das Zentrum würde doch kaum eine geeignete Wahlparole finden, wenn es sich mit Schuldig gemacht hätte, das doch gerade von ihm so erwünschte Schulgesetz zu Fall zu bringen. Außerdem hängt es vom Reichspräsidenten v. Hindenburg ab, ob der Reichstag aufgelöst wird.

Die deutschnationale Pressestelle teilt zu diesen Fragen offiziell mit:

„Die Deutschnationale Volkspartei hält nach wie vor die Erledigung des Reichsschulgesetzes nicht nur für politisch notwendig, sondern auch die Beseitigung der Differenzpunkte für durchaus möglich. Einem Ausschuss der Entscheidung werden die Deutschnationalen nicht zustimmen. Graf Bessler wird noch in dieser Woche einen interfraktionellen Ausschuss einberufen, um die endgültige Klärung herbeizuführen.“

Aus diesem omnibus geht also hervor, daß nunmehr auch die Deutschnationalen baldige Klärung der Sachlage fordern. Wie man die in dem Omnibus zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß die Beseitigung der Differenzpunkte in der Schulgesetzfrage noch möglich sei, beurteilen will, muß zunächst dahingestellt bleiben. Vielleicht hat der Reichsinnenminister v. Reubel die Hoffnung, daß es zu einer Verständigung kommt, doch noch nicht ganz aufgegeben. Wie dem auch sein mag, so schließt diese Woche wird die Entscheidung darüber bringen, ob nicht nur das Schulgesetz noch durchgebracht werden kann, sondern auch ob die Koalition längeren Bestand haben wird.

Strefemann in Mentone.

(Durch Funkdruck.)

Paris, 9. Febr. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann erklärte gestern bei seiner Ankunft in Mentone französischen Journalisten: Ich will mich erholen und einmal einige Zeit den Pflichten meines Amtes entziehen. Ich liebe die gute Daxuro und hoffe, daß sie mir schnell die Gesundheit wiedergeben wird. In einigen Tagen wird meine Familie nachkommen. (WFB.)

10 Jahre Brest-Litowsk.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Brest-Litowsk, 9. Febr. Der 9. Februar 1928 ist ein Erinnerungstag von besonderer Bedeutung. Vor zehn Jahren gingen in Brest-Litowsk die Verhandlungen zu Ende, die die Grundlagen eines wirklichen Friedens zwischen Deutschland und dem großrussischen Reich zu schaffen sollten. Dieser Versuch, den Frieden im Osten wiederherzustellen, hat aber keinen dauerhaften Erfolg gehabt. Unsere Außenpolitik hatte die Voraussetzung einer klaren Lösung der Ostfrage zerstört. Die Bolschewiken erstickten und nahmen uns die Ukraine wieder aus der Hand. Aber die Probleme, die bei den Verhandlungen in Brest gelöst werden sollten, sind noch für die europäische Diplomatie aktuell.

Das historisch interessanteste Ereignis der Brest-Litowsker Zeit ist das plötzliche Ausfallen der ukrainischen Macht. Unter großen Schwierigkeiten begann sich gleich nach der russischen Revolution in Kiew ein ukrainischer Staat zu organisieren. Das ukrainische Volk strebte nach einer Schwärzung der Aufklärung einer Autorität im Lande gelang, daß sie ernsthafte Anstrengungen zur Schaffung einer nationalen Armee machte und schließlich die Brotversorgung der Mittelmächte organisierte, muß als Beweis der staatspolitischen Fähigkeiten dieses emporstrebenden Volkes angesehen werden. Der ukrainische Staat, der durch den Abbruch des Friedens von Brest-Litowsk zum erstenmal international anerkannt wurde, ist in der allgemeinen Ökonomie in Europa nach heftigen Kämpfen mit bolschewistischen und weißgardistischen Küssen, mit Polen und den Entente-mächten zurunde gegangen, nachdem Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengebrochen waren. Es mißlang den Ukrainern auch der Versuch der Schaffung einer besonderen westukrainischen Republik, die ihren Anspruch auf die Großukraine proklamieren.

Der Wille zur Staatlichkeit ist seitdem in dem 40-Millionen-Volk nicht erloschen. Auch in der Sowjetukraine hat sich reges geistiges Leben entfaltet. Schule, Verwaltung und Deermassen werden in steigendem Maße ukrainisiert. Je mehr die Sowjetukraine nationalen Charakter annimmt desto mehr erstarbt auch ihr politisches Selbstbewußtsein gegenüber Moskau. Auch im Charkower Kommunismus ist diese Entwicklung deutlich zu verfolgen. Wenn heute der polnische Staat seine 7 Millionen Ukrainer ebenso rückhaltlos unterdrückt, wie die Deutschen, die ihm ausgeliefert sind so richten sich die ukrainischen Hoffnungen wieder auf die Großukraine, die in den vergangenen 10 Jahren eine unerbörte starke Entfaltung des inneren Lebens gezeigt hat. 1918 bewegten sich West- und Ostukraine unter dem Einfluß der polnischen Politik aufeinander zu. Diese Tendenz hat sich dank dem polnischen Verhalten bis heute fortgesetzt.

Die heutige Erinnerung an die erste ukrainische Staatlichkeit hat auch für uns nicht bloß historischen Wert. Abgesehen von der Bedeutung, die der Ukraine als zukünftigem Faktor in Osteuropa immer zukommen mag und abgesehen von der unmittelbaren Kampfgemeinschaft, die beide Völker heute in der politischen Frage verbindet, weist der Friede von Brest-Litowsk auf die mitteleuropäische Lage der Ukraine hin. Wenn wir glauben, daß wir als Deutsche im Osten noch eine Zukunft begründen können, dann müssen wir nicht tief in ihm verwurzeln und von dem in ihm lebenden Kräften eine bessere Vorstellung als bisher zu gewinnen suchen. Erst dann wird sich dieser Raum auch uns wieder öffnen, denn Brest-Litowsk war nur ein Anfang.

Reichswehrdebatte im Haushaltsausschuß.

Ein Schwall sozialistischer Anfragen.

Berlin, 9. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den zurückgestellten Positionen beim Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die verschiedene Fischereiangelegenheiten betreffen. Reichsminister Schiele kündigte möglichst baldige Ausarbeitung eines einheitlichen Planes für die Heringsfischerei an. Die Anträge des Unterhaushaltsschusses werden genehmigt, damit in dieser Etat erledigt.

Der Haushaltsausschuß tritt sodann in die Beratung des Gesetzes ein. An Stelle des erkrankten Berichterstatters Stücken gibt Abg. Günlich (Soz.) eine Uebersicht über die finanzielle Ausgestaltung des Etats seit dem Vorjahre und die Hauptgründe, die eine Erhöhung der Ausgaben veranlassen. Ein Teil der Summen, die die Folge der neuen Besoldungsordnung seien, würde im Nachtragsetat ausgewiesen werden. Um Erparungen zu erzielen, müßten Zwerggarnitionen zusammengelegt werden. Das Gesetzesergänzungsgesetz berage Mißstände, die das Vertrauen erschütterten. Es schiene aber alles beim alten zu bleiben, denn als die eigentlichen Werbestellen blieben die Kompagnien und ihre Chefs. Der Redner erbittet kritische Anmerkungen über die Zahl der Unteroffiziere, die zu Offizieren aufrücken. Wie viele es mit der Selbstmordfrage? In der Reichswehr seien endlich die schwarz-rot-goldenen Farben fast unbekannt. Gekürzte Flaggenersatz sei so reformiert, daß einzelne Stellen sich darum bräuden könnten, wie es z. B. in München geschehen sei. Wie stehe es mit den Rieker Waffen- und Munitionslieferungen. Die Dementis der Reichswehr überzeugten ihn nicht. Er habe Material, aus dem hervorzugehen schiene, daß vertrauliche Abmachungen zwischen den in den Skandal verwickelten Firmen und dem Reichswehrministerium tatsächlich bestanden hätten. Eine dieser Firmen schiene sogar aus den bestehenden Verträgen noch klagbare Rechte gegen das Reichsministerium heraufzuleiten.

Abg. Erling (Z.) legt dar, am meisten umstritten seien der Etat des Arbeitsministeriums und der Etat des Wehrministeriums. Zu prüfen sei deshalb, ob wir nach der sozialen und finanziellen Seite auf dem rechten Wege seien. Bedauerlich sei auch hier die Beobachtung, daß die Personalausgaben steigen und die Sachausgaben zurückgehen, statt daß es umgekehrt wäre. Woher komme es, daß die Personalausgaben bei der Reichswehr durchschnittlich um 5 Prozent weniger sinken als bei den anderen Ressorts. Die Reichswehrgenossen dürften auf keinen Fall schlechter gestellt werden als die anderen Beamten, die freilich mit Deputationen den Reichstag bestreiten hätten im Gegensatz zur Reichswehr. Der Redner besprach dann

die sachlichen Ausgaben

des Wehrministeriums. Bei dem Pferdeersatz habe, das Wehrministerium keine Landwirtschaftspolitik zu treiben, sondern lediglich die Interessen der Reichswehr zu beobachten. Durch weitere Motorisierung der Kavallerie könnten weitere Pferde ersetzt werden. (Zuruf: Die Zahl der Kraftwagen ist uns vorgeschrieben.) Wir müssen gleichwohl auf einen Rückgang der Pferdehaltung in der Reichswehr sehen. Der Redner regt planmäßige Anstellung der Lehrer an,

die die Vorkausbildung bei den Wehrangehörigen übernehmen. Durch solche gute Ausbildung werde man den Pensionsetat entlasten können. Die Unterbringung der Mannschaften und der bauliche Zustand der Kasernen seien vielfach außerordentlich rückständig und besserungsbedürftig. Hier müßten größere Mittel verfügbar gemacht werden. Auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugwesens seien wir noch außerordentlich rückständig. Die Körperliche Eignung müsse bei der Rekrutierung für die Reichswehr den Ausschlag geben, nicht die Parteizugehörigkeit oder soziale Herkunft. In der Uebersichtlichkeit, schloß der Redner seine Ausführungen, könne der Reichssetat jeden Vergleich mit den Länderetats, aber auch mit den Städteetats aufnehmen. — Die Weiterberatung wurde dann auf Freitag vertagt.

Keine Kriegsgefangenen mehr in Rußland!

Noch einmal die Aussagen Bruno Stapels.

Berlin, 9. Febr. Im Reichstagsausschuß für die Kriegsbeschädigtenfragen fand der Entwurf eines vierten Gesetzes zur Wenderung des Gesetzes über das Verfahren in Besorgungsangelegenheiten zur Beratung. Der Ausschuss beschloß zunächst, morgen die Vertreter der Organisationen zu hören.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Krüger, Holthoff (Soz.), verlas darauf ein Schreiben des Auswärtigen Amtes zu der von dem Ausschuss eingehenden Entscheidung bezüglich der Rückkehrmöglichkeiten der noch in der Sowjet-Union befindlichen früheren deutschen Kriegsgefangenen. Das Auswärtige Amt teilte hierzu mit, daß der vor kurzem aus der Sowjet-Union zurückgekehrte Bruno Stapel am 2. dieses Monats im Auswärtigen Amt eingehend vernommen worden sei. Er habe eideschwurlich erklärt, daß er den Pressevertretern, die ihn anfragten, haben, gegenüber nur davon gesprochen habe, daß er die Zahl der Deutschen, die er auf seinen Fahrten und Wanderungen in Sowjetrußland getroffen habe, auf etwa 150 schätze.

Von zurückgehaltenen Gefangenen sei überhaupt nicht die Rede gewesen;

davon habe er auch nicht sprechen können, weil er schon in Rußland gewesen habe, daß Gefangenenlager seit langer Zeit nicht mehr existieren. Außerdem hat er in einem von ihm am 31. Januar in Potsdam gehaltenen Vortrage ausdrücklich betont, daß in keinem Einzelfalle bisher eine zwangsweise Zurückhaltung eines früheren deutschen Soldaten durch Militär- oder Zivilbehörden der Sowjet-Union festgestellt werden konnte. Im übrigen verweist das Auswärtige Amt auf die Veröffentlichung der Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union, wonach es weder in Sibirien, noch überhaupt in der Sowjet-Union noch deutsche Kriegsgefangene gibt. Dieses Dementi wird durch die amtliche Behauptung der deutschen Vertretungen in der Sowjet-Union bestätigt.

Am Schluß seines Schreibens betonte das Auswärtige Amt, daß jeder freiwillig zurückgekehrte ehemalige deutsche Kriegsgefangene, sobald er den Wunsch hat, in die Heimat zurückzukehren, mit seiner Familie durch die zuständigen deutsche Vertretung auf Reichstagen Heimbeordert wird. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Frankreichs Sozialisten und die Räumung.

Eine deutsch-französische Sozialistenkonferenz geplant.

Paris, 9. Febr. Der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter Weis, hat anlässlich der Erklärung Boncourts über die Frage der Rheinlandräumung auf dem letzten sozialistischen Kongress und anlässlich der von Boncour in „Paris-Midi“ veröffentlichten Äußerungen über diese Frage sich an die französischen Sozialisten gewandt und um ihre Ansicht in der Frage der Rheinlandräumung ersucht. Der Vorstand hat gestern auf Vorschlag eines mit der Bearbeitung dieser Angelegenheiten betrauten Unterhaushaltsschusses beschlossen.

1. der Deutschen Sozialdemokratischen Partei den Teil des Parteiprogramms zu übermitteln, der von der Rheinlandräumung handelt und diese von keiner Vorbedingung abhängig macht und
2. eine Konferenz von Delegierten der französischen und der deutschen Sozialisten einzuberufen und auf ihr die Rheinlandfrage zu behandeln. Boncour soll von dem Inhalt des Schreibens in Kenntnis gesetzt werden.

Film-Sorgen der Rheinlandkommission.

Rohlsch, 9. Februar. Wie der Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitteilt, hat die Interalliierte Rheinlandkommission den Film „Deutsche Frauen, deutsche Treue“ für das besetzte Gebiet verboten. Die Interalliierte Rheinlandkommission erklärte ferner, daß sie gegen die Vorführung der Filme „Kapitän“ und „Ein Tag der Rosen im August, da hat die Garde fortgemüht“, die vor einiger Zeit von örtlichen Befugnisstellen verboten worden waren, im besetzten Gebiet keinen Einspruch erhebe. Sie hat ferner das Verbot des Filmes „U 9, Kapitän Weddigen“ aufgehoben.